

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

**Lebeck's** Dreieck-Kaka, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren. Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Druckverlag: Neudruck Dresden. Fernsprecher-Gemeinnummer: 25 241. Nur für Nachdruck: 20 011.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle: Marienstraße 38-40. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden. Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr bei regelmäßiger Zustellung im Voraus oder durch die Post monatlich: A 5200.—, Einzelnummer A 200.—, Sonntagsausgabe A 300.— | Anzeigen-Preise: Die 1. Spalte 30 mm breite Zeile A 400.—, außerhalb Sachens A 500.—, Familienanzeigen und Einzelgebühren unter Begünstigung leben weiteren Abzügen A 100.—, Vorzugsplätze laut Tarif. Unzumutbare Aufträge gegen Vorauszahlung. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung d. Dresdner Nachr. — wolle. Unersuchtete Schriftsätze werden nicht abgedruckt.

**Böhen-Luftkurort Sport-Hotel Altenberg i. Erzgeb.**  
**Altes Amtshaus und Amtshof**  
 Erstklassige Zimmer :: Zentralheizung :: Auto-Garage  
**Amtshof-Diele**  
 Tel.: Amt Lauenstein 9      Bes.: W. Hecker

**Ring-14 Königsdielen Ring-14**  
 Vornehmes Restaurant

**Rieschels Wellsieb-Gradeherde**  
 sind und bleiben unübertroffen  
 Ohne Holz, ohne Kohle, ohne Gas die billigste Feuerung der Welt!  
 Fabriksiederlage nur Dresden-A., Schloßstraße 14      Inhaber: Curt Klitzsch

## Kommunistenaufbruch in Mülheim an der Ruhr.

Die Stadt in der Herrschaft der Aufständischen. — Das Rathaus unter Gewehrfeuer. — Einschränkung der Einfuhr und Anmeldepflicht für Devisenbesitz als Reichsmaßnahmen gegen den Marksturz. — Sozialistische Reichstagsangriffe gegen die Wirtschaftspolitik. — Dr. Becker verurteilt die Störung der Stabilisierungsaktion auf das schärfste.

### Barrikaden an den Stadtausgängen von Mülheim.

Die Folgen der Beschießung der Schupo.  
**Mülheim a. d. R., 19. April.** Kommunisten, Syndikalist und Verbrechergesinde haben die Innentadt von Mülheim besetzt, die Stadtausgänge verbarrikadiert. Das Rathaus liegt unter dem Gewehrfeuer der Aufständischen, die die Waffenhandlungen geplündert haben. Der Regierungspräsident ordnete an, daß Schupo von Duisburg nach Mülheim entsandt wird. (W. T. B.)

**Elberfeld, 19. April.** Die Lage in Mülheim ist schwer bedrohlich. Die Innentadt ist vollkommen in der Hand der Kommunisten, Syndikalist und Verbrecher. Es wird lebhaft geschossen. Der Regierungspräsident hat angeordnet, daß 100 Mann Schupo sofort von Duisburg nach Mülheim zur Verstärkung geschickt werden, da die französischen Besatzungsbehörden in Düsseldorf sich noch nicht über die nachgelagerte Erlaubnis schlüssig gemacht haben. Falls die 100 Mann Verstärkungspolizei von den Franzosen nicht nach Mülheim durchgelassen werden sollte, fällt die ganze Verantwortung für die Folgen auf die Franzosen. (W. T. B.)

### Die Beschießung des Rathauses.

**Bln., 19. April.** Ueber die Vorfälle in Mülheim wird weiter gemeldet: Der Verkehr vor außen in das Stadlinnere ist vollkommen lahmgelegt. In das Zimmer des Oberbürgermeisters Dr. Vante sind sechs Kugeln gedrungen, davon einige über seinen Kopf hinweg. Die Beamten, die im Rathaus eingeschlossen sind, rechnen damit, die Nacht im Rathaus verbringen zu müssen, da sie keine Möglichkeit sehen, herauszukommen. Im Laufe des Tages ist von Mülheim aus ein Antrag an die Franzosen gelangt, aus Hamburg Verstärkungen der Schupo heranzuschicken zu dürfen. Das haben die Franzosen abgelehnt. Regierungsrat Ehrenberger in Düsseldorf bemüht sich bei dem General Deniquet um die Erlaubnis, die Polizei in Mülheim von Düsseldorf aus an zu verschieben. (W. T. B.)

Seit früh versuchten die Demonstranten, in den Werken die Arbeiter zum Verlassen der Werke aufzuwiegen, was aber mißlungen. Bezeichnend ist, daß die in Rohwinkel abgeschaltete Arbeitstafelversammlung unter dem Schutze des französischen Militärs stattfand.

### Französische Zulassung der Schupo?

**Elberfeld, 19. April.** Der französische General Deniquet hat sich zu dem General Simon begeben und von diesem zu dem Kommandanten nach Breidenen, wahrscheinlich wollen die Franzosen Schupo nach Mülheim hereinlassen, nachdem sie sich über die gefährliche Lage klar geworden sind. (W. T. B.)

### Demonstrationen in Düsseldorf und Essen.

**Münster, 19. April.** In Essen versammelte sich heute morgen vor dem Rathaus eine Anzahl Arbeitsloser, welche Unterstützung verlangten. Da die Polizei von den Franzosen aufgelöst ist, hatte die Feuerwehr sich zum Schutze des Rathauses eingefunden. Die Ruhe wurde nicht gestört.

Auch in Düsseldorf ist es zu Zusammenstößen mit Arbeitslosen gekommen.

### Poincaré der wahre Schuldige.

Wie Frankreich auf Arbeitslosenunruhen spekuliert!  
**Berlin, 18. April.** Wie die Telegraphen-Union aus amerkanischer Quelle hört, befindet sich der französische Ministerpräsident Poincaré zurzeit inkognito in Düsseldorf. In seiner Begleitung sind der Minister der öffentlichen Arbeiten, der Finanz- und der Kriegsminister. In einer vertraulichen Besprechung mit den Kommandanten der Besatzungsarmee soll der französische Ministerpräsident darauf hingewiesen haben, daß die französische Kammer erst in drei Wochen zusammentritt und daß dann Ergebnisse erzielt sein müßten. Es müsse erreicht werden, daß Deutschland bis zu dieser Zeit kapituliere. Die neuen Verordnungen, die von der Besatzungsarmee im Verfolge der letzten alliierten Beschlüsse erlassen werden, gehen darauf hin, sämtliche öffentlichen Kassen und auch die Kassen der industriellen Werke zu beschlagnahmen und in alle Bereiche militärisch einzugreifen. Die unmittelbare Folge davon müßte eine allgemeine Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet und das Hinandrängen der beschlagnahmten Arbeiter auf die Straßen sein, wodurch sehr leicht Zusammenstöße herbeigeführt werden können. Auf die Frage, wie die Franzosen solchen Vorfällen begegnen sollten, wurde die Antwort schuldig gelassen.

In amerikanischen Kreisen glaubt man, daß die Entscheidung beanträgt, und daß es darauf ankommen wird, ob Frankreich und Belgien den Druck auf ihre Montanindustrie noch die entscheidenden Wochen bis zur französischen Kammereröffnung halten können und ob nicht vorher Deutschland die finanziellen Kräfte ansähen und es im unbesetzten Gebiet mit seinen Reserven zusammenbricht.

### Einzelstaatliche Uebergriffe gegen das Reich.

Das bundesstaatliche Prinzip verlangt, wenn die Führung der öffentlichen Geschäfte auf solcher verwickelten Grundlage sich reibungslos vollziehen soll, gegenseitige Loyalität. Das Reich muß die verfassungsmäßig gewährleisteten zweifellosen Rechte der Bundesstaaten sorgfältig achten, aber auch die Bundesstaaten müssen dem Reiche geben, was des Reiches ist, und dürfen sich keine Uebergriffe anmaßen, welche die Reichspolitik hemmen oder durchkreuzen. Im alten Reiche funktionierte der bundesstaatliche Apparat im allgemeinen tadellos. Gelegentlich kam zwar auch einmal etwas vor, so z. B. bei der geplanten Wiedereinführung der Schiffsabgaben auf der Elbe, wodurch der heilige Widerstand des von der Abgabefreiheit interessierten sächsischen Staates hervorgerufen wurde. Alle solche seltenen Konflikte endeten aber immer mit einem befriedigenden Ausgange, da sowohl im Reiche wie in den Gliedstaaten allgemein die Erkenntnis herrschte, daß eine starke, von bundesstaatlicher Geltung geleitete Reichsgewalt der beste Schutz der einzelstaatlichen Selbständigkeit ist, während der Reichseinheitsgedanke seine feste Basis in dem Nährboden der Heimatliebe der verschiedenen deutschen Volkstämme findet.

Nach der Umwälzung gestaltete sich das Bild anders. Die seitdem in Berlin vorherrschende Neigung zu untauglichen, auf die Herstellung des reinen Einheitsreiches gerichteten Bestrebungen führte wiederholt heftige Konflikte mit Bayern herbei, die nie ganz glatt erledigt wurden, sondern regelmäßig einen Stachel auf beiden Seiten zurückließen, bis es endlich Dr. Cuno gelang, den letzten Niederschlag von Verstimmlung wenigstens zwischen den leitenden Stellen zu beseitigen. Doch ist die Lage, soweit große Teile des bayerischen Volkes in Betracht kommen, auch jetzt noch nicht von Trübungen frei, und es läßt sich nicht vorhersehen, welche Folgen sich für das Verhältnis Bayerns zum Reiche aus der steigenden Unzufriedenheit der dort sehr starken und einflussreichen vaterländischen Verbände mit den sozialistischen Einflüssen in der Berliner Zentrale ergeben können. Während aber hier erst Möglichkeiten für künftige Entwicklungen in Frage stehen, die immer noch die Hoffnung übrig lassen, daß sich durch die Einigkeit aller Beteiligten der Ausbruch eines offenen Streites überhaupt vermeiden lassen werde, haben sich zwischen den Regierungen verschiedener anderer Bundesstaaten und der Reichszentrale Vorgänge abgepielt, die bereits die vollendete Tatsache eines schwereren Zusammenstoßes enthalten, dessen Kern darin besteht, daß von bundesstaatlicher Seite die Grenzen der eigenen Zuständigkeiten überschritten und die unbedingt nötigen Rücksichten auf die Reichspolitik beiseite geschoben wurden.

Der eine Fall dieser Art betrifft das in Preußen und unmittelbar darauf auch in Sachsen und Thüringen erlassene Verbot der deutschnationalen Freiheitspartei. Preußen ist hier unter dem Einfluß des sozialdemokratischen Innenministers Severing vorangegangen und hat durch sein politisches Uebergewicht Sachsen und Thüringen, die ohne die preussische Initiative sicher nicht allein gehandelt hätten, mit sich gerissen. Das Gravierende bei diesem Verhalten ist darin zu erblicken, daß es sich bei der deutschnationalen Freiheitspartei um eine Reichsorganisation handelt, gegen die das Reich einzuschreiten bisher keinen Anlaß gefunden hat. Die elementarste Rücksichtnahme auf das Reich hätte also die preussische Regierung veranlassen müssen, sich vor der Ergriffung irgendwelcher Maßnahmen mit dem Reichsministerium ins Einvernehmen zu setzen, diesem das gesamte Material zu unterbreiten und der Reichszentrale die endgültige Entscheidung zu heimzusuchen. Das wäre der Weg gewesen, den man an maßgebender preussischer Stelle hätte beschreiten müssen, um das Gleichgewicht der bundesstaatlichen Machtverteilung zu wahren. Gewiss sind die Einzelstaaten auf Grund ihrer Verfassungen berechtigt, unter Umständen ebenso wie das Reich Ausnahmemaßregeln zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu treffen. Die Ausübung dieser Befugnis ist aber ganz selbstverständlich an die Voraussetzung gebunden, daß die Einzelstaaten dabei dem Reiche nicht ins Gehege kommen und seiner eigenen Stellungnahme nicht vorgreifen. Es gibt eben nicht bloß einen Buchstaben, sondern auch einen Geist der bundesstaatlichen Verfassung, und dieser läßt es nicht zu, daß die Einzelstaaten sich schrankenlos nach ihrer Passion „ausleben“, sondern sie haben die nationale Pflicht, bei allen ihren Entscheidungen die Blick auf das Reich gerichtet zu halten und sich zu fragen, ob dessen Wohlfahrt

## Reichsabwehrmaßnahmen gegen den Marksturz.

### Beschlüsse des Reichskabinetts.

**Berlin, 19. April.** Angesichts der plötzlichen Steigerung der Devisenkurse hat das Reichskabinett heute im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium beschlossen, die Stützungsaktion für die Mark mit allem Nachdruck weiterzuführen. Zu diesem Zweck sollen, abgesehen von der Fortsetzung der bisherigen Stützungsaktion, zunächst folgende Maßnahmen unverzüglich erlassen werden:

1. eine weitgehende Einschränkung der Einfuhr;
2. die Einführung einer allgemeinen Anmeldepflicht für Besitz an Devisen nach dem Stande des Tages, an dem die hierzu erforderliche Notverordnung erlassen wird. (W. T. B.)

**Berlin, 19. April.** Die Reichsregierung hatte heute Besprechungen mit den Parteiführern über die Maßnahmen gegen den Marksturz, die die völlige Einstellung der Regierung mit den Parteien ergab.

### Die veränderte Interventionspolitik der Reichsbank

**Berlin, 19. April.** Der Erlass der Notverordnung für die Devisenanmeldung ist für die aller nächste Zeit zu erwarten. Zu den Verhandlungen über die neuen Maßnahmen der Regierung waren auch Vertreter von Privatbanken ausgezogen. Von verschiedenen Bankenvertretern wurden zwar gewisse grundsätzliche Einwendungen gegen die Offenlegung der Devisenbestände geltend gemacht, doch konnte sich dem „W. T.“ zufolge die Mehrzahl der Anwesenden der dringenden Notwendigkeit der Maßnahmen im Hinblick auf die wirtschaftliche und politische Situation nicht entziehen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß man, falls die bloße Anmeldung der Devisen nicht die gewünschte Wirkung erziele, gezwungen sein würde, noch einschneidendere Maßnahmen im Punkte der Erschließung der Devisenbestände und der Regelung des Devisenverkehrs zur Anschaffung der spekulativen Elemente zu treffen.

Ueber die Auffassung der Sachlage, wie sie an maßgebenden Stellen bestehen dürfte, wird dem „Vol.-Anz.“ u. a. ge-

schrieben: Die entscheidende Tatsache ist die: So gewiss es ist, daß man mit den Beständen der Reichsbank nicht auf unbegrenzte Dauer die Mark stützen kann, so sicher ist auf der anderen Seite, daß

die Bestände der Reichsbank für noch sehr lange Zeit ausreichen.

Die Kraft, den Dollarkurs wieder zurückzuwerfen, besitzt die Reichsbank unzweifelhaft noch. Sie besäße sie auch, das bereits im Augenblick zu tun, nur würde das unverhältnismäßig viel ihrer Bestände kosten, mit denen paratam zu wirtschaften sich empfiehlt. Auch einem zweiten, dritten und vierten Ansturm wird sie bei dieser Politik unzweifelhaft noch gewachsen sein. Jeder plötzliche Rückschlag im Dollarkurs, wie ihn die Reichsbank herbeiführen kann und herbeiführen wird, kostet soundsoviel Prozent der Spekulanten den Hals, und den riskiert keiner gern. So unerquicklich demnach die gegenwärtige Marktenwertung ist, so ist sie doch keineswegs im eigentlichen Sinne bedenklich. Sie wird gebrochen werden, und wir werden den annähernd habituellen Anstieg der Mark nach dem Brechen dieses ersten Sturmes auf lange Zeit wieder gewinnen.

### Eine Erklärung des Reichsverbandes der Industrie.

**Berlin, 19. April.** Gegenüber anderslautenden Zeitungsnachrichten stellt der Reichsverband der deutschen Industrie fest, daß er niemals bei der Regierung wegen einer Herabsetzung der von ihr durchgeführten Stützungsaktion der Mark vorstellig geworden ist. Der Reichsverband hat vielmehr auch heute wieder bei einer mündlichen Rücksprache, zu der der Reichsfinanzminister eingeladen hatte, erklärt, daß er eine tatkräftige Fortführung der Stützungsaktion für eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit hält, für die er auch weiterhin im eigenen Interesse der Industrie mit allen Kräften eintritt wird. (W. T. B.)

**Dollar (Amtlich): 29 500**  
 Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 29 400

# Dr. Becker gegen die Spekulationsmache der Dollarhauffe.

## Frontaler sozialistischer Reichstagsangriff auf die Reichswirtschaftspolitik.

(Drahtmeldung unserer Berliner Korrespondenten.)  
Berlin, 10. April. Der Vizepräsident Dr. Kohl (D. Vp.) ist zur Feier seines 50-jährigen Jubiläums mit einem Strauß weißen Flieder geschmückt. An Stelle des aus- geschiedenen Schriftführers Abg. Matzewski (D. N.) wird Abg. Philipp (D. N.) gewählt. Dann wird der

### Etat des Reichswirtschaftsministeriums

beraten.  
Abg. Dr. Herz (Soj.) wirft der Regierung vor, daß sie lange Zeit nichts getan habe, um das gewaltige Steigen des Dollars zu verhindern. Sie habe zu spät eingegriffen, nachdem die Finanzen des Reiches, die Währung und die schärferen Mittel angewandt hätten. Man hätte die Sozialdemokratie bereits im vorigen Sommer vorschlagen und die von der Reichsbank abgelehnt wurden. Vor allem sei die Erfassung der Sachwerte notwendig, ebenso eine Reform der Steuerpolitik. Schon seit dem Sommer sei die Industrie nicht mehr exportfähig gewesen, sei die Arbeitslosigkeit ständig gestiegen. Das verpöbete Eingreifen habe eine empfindliche Preissteigerung und ein weiteres Sinken des Reallohnes zur Folge gehabt. Trotzdem habe der Reichswirtschaftsminister den Hauptausgang für weitere Lohnsteigerungen gemacht. Sein Standpunkt sei: Erst Lohnabbau, dann Preisabbau. Verzicht auf diese Punkte müsse es umgekehrt sein. Für das Reich habe die Abwertung diesen Grundlag nicht einmal gelten lassen: Sie habe zwar nicht die Prozentzahl der Beschäftigungserlöse erhöht, zahle aber tatsächlich höhere Preise aus. Obere Löhne hätten gar keinen großen Einfluß auf die Preise, denn die Löhne machten nur einen geringen Prozentsatz der Gesamtkosten aus. Schuld an den Steigerungen sei allein die Gewinnminderungen von Handel und Industrie. Soweit überhaupt von einem Preisabbau die Rede sein könne, sei er auf Kosten der Arbeiter und des Staates erfolgt: Ermäßigung der Ausfuhrabgaben usw. Die ganze Wirtschaftspolitik der Regierung habe den Preisabbau verhindert; denn sie ermöglichte es dem Kapital, die Waren festzuhalten und die Preise zu treiben. Es fehle das Vertrauen in eine feste Wirtschaftspolitik. Man habe nicht an die Stützungsaktion geglaubt.

Die Reichsbank habe gestern ihre Reservekraft verloren. Durch eine energetische Politik könne der Fehler wieder gut gemacht werden. Keiner fordere Verhinderung der Devisenverordnung, Anmeldepflicht der Devisenbesitzer, scharfe Kreditbeschränkung und Einschränkung des Reichsbanknotens, sowie Einschränkung der Luxuseinfuhr.

Abg. Effer (Reiz.) weist darauf hin, daß die Entscheidung über die Zukunft der deutschen Wirtschaft an Rhein und Ruhr fallen werde und fordert Anträge für die Industrie, da die Erwerbslosen eine ständige Gefahr für den guten Geist der Bevölkerung seien. Die Ausführung von Reichsbankarbeiten auch in den Betrieben sei immer noch besser als die Vermehrung der Zahl der Erwerbslosen.

Präsident Ebe unterbricht die Verhandlungen und spricht dem inzwischen im Saal erschienenen Abgeordneten Dr. Kohl namens des Reichstages die herzlichsten Glückwünsche zu seinem Ehrentage aus. (Lebh. Beifall.)

Die Abgeordneten aller Parteien, die sich während dieser Ansprache von den Plätzen erhoben haben, stimmen mit lebhaftem Beifall zu. Abg. Dr. Kohl sagt dem Reichstag für die Glückwünsche herzlichsten Dank.

### Reichswirtschaftsminister Dr. Becker:

Eine Anklage habe ich erwartet, allerdings nicht vom Abgeordneten Herz. Ein großer Teil seiner Anklagen richtet sich nicht gegen die Person und Politik des Wirtschaftsministers, sondern gegen die Politik des Finanzministeriums, Mandates von dem, was er sagte, wäre vielleicht besser im Plenum des Reichstages angesetzt geblieben. (Sehr wahr!) Die Frage, wie wir die Abwehrkraft drüben stärken, sollten wir nicht in der Öffentlichkeit behandeln.

Das Ruhrgebiet ist nicht nur von der Einfuhr, sondern auch von der Ausfuhr abgeschnitten. Es gibt Konzerne, die täglich Rohstoffe von drei bis vier Milliarden haben. Es sind also gewaltige Kredite notwendig. Es mußte unsere erste Aufgabe sein, die Betriebe aufrecht zu erhalten, und woher sollen die Kredite denn kommen, wenn nichts eingeht für die gefertigten Waren? Die Kredite laufen darum auf das ganze Reservoir der Reichsbank zurück. Warum fragen Sie über die Vermehrung der schwebenden

Schuld? Wenn wir die Kredite nicht gegeben hätten, dann wäre der Abwehrkampf dort drüben nicht 14 Tage zu führen gewesen und dann hätte sofort die ganze Arbeiterschaft und Angehörigkeit auf der Straße gelegen. Wir waren auf den Einbruch nicht vorbereitet. In den allerersten Tagen aber, in denen wir die Möglichkeit hatten, uns mit Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Gebietes zu unterhalten, wurde als oberster Grundsatz proklamiert: Es ist erste Aufgabe, die Betriebe aufrecht zu erhalten. Wenn nichts weiter geschieht, als daß die Kohle von einem Fleck auf den anderen umgeschippt wird, ist das immer noch besser, als wenn geliefert wird. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Kredite für Zwecke verwendet werden, zu denen sie gegeben werden. Aber gegen einzelne Mißgründe ist auch die schärfste Kontrolle wirkungslos.

Aber kein Wort der Beurteilung sei hier genau gegen das Treiben jener, die den gekrisen Einbruch in die Devisenpolitik der Regierung verschuldet haben. Er werde allerdings nur vorübergehend sein. (Beifall.) Spekulationskäufe von Devisen sind heute geradezu ein Verbrechen. Da darf man auch vor scharfen Maßnahmen nicht zurückschrecken, denn wir leben im Kriege, aber diese Maßnahmen müssen auch wirksam sein.

Der Bedarf für unsere sehr starke Einfuhr von Lebensmitteln und anderen notwendigen Dingen, die die Wirtschaft braucht, muß unter allen Umständen gedeckt werden. Wenn Wirtschaftler dazu helfen und vorgehoren Devisen gekauft haben, so wird man ihnen keinen Vorwurf machen können. Aber auf scharfe Maßnahmen wie es verurteilt, wenn Wirtschaftler über das notwendige Maß hinaus Devisen gekauft haben. Aber eines noch ärgeren Verbrechens machen sich die Schuldigen, die aus spekulativen Gründen Devisen kaufen. Was dagegen geschehen kann, muß geschehen, und man darf auch vor scharfen Maßnahmen nicht zurückschrecken, ohne Rücksicht auf eine politische oder wirtschaftliche Überzeugung. Wir haben festhalten müssen.

### woher diese Hauffe kam.

Es haben verschiedene Gründe zusammengewirkt. Seit einigen Tagen machte sich das Anzeichen der Devisenkurse geltend. Zunächst zur Deckung des notwendigen Bedarfs, dann aber durch spekulative Kreise. (Hört! Hört!) Darüber ist kein Zweifel, sonst hätte die Summe nicht so groß sein können, die gekoren an Devisen gekauft wurde. Endlich macht sich bei solchen Gelegenheiten, wenn ein gewisser Run eingetreten ist, eine Panik bemerkbar, und dann wirft sich alles auf den Markt.

Der Minister teilt mit, daß sich das Reichskabinett unter Zustimmung des Reichspräsidenten mit dieser Frage beschäftigt habe. Die Reichsregierung hat auch in der Devisenpolitik seinen Zweifel darüber gelassen, daß die Stützungsaktion, wie sie selber unternommen wurde, weiter durchgeführt werden muß. (Lebhafter Beifall.)

Die Reichsregierung hat auch heute die Mittel, die Stützungsaktion fortzusetzen. Auch vor draconischen Maßnahmen wird man nicht zurückschrecken, um die Markt auf einem Niveau zu erhalten, das ein weiteres Einwärtsfallen der Lebenshaltung verhindert.

Durch eine Wechselkursordnung soll die offene Spekulation zurückgedrängt werden. Wenn eine Restriktion sprechen die Friederichshafen. Wenn auf dem Gebiete der Preissteigerung noch nicht das Erforderliche erreicht wurde, so ist das Publikum zum Teil mit selbst daran schuld. Es geben zu wenig Anzeigen wegen Wuchers ein. In dem vom Abg. Dr. Herz verurteilten Ertrag zur Lohnfrage habe ich nirgendwo vom Lohnabbau gesprochen. Ich habe darin den Preisabbau verlangt und daran die Mahnung geknüpft, dann auch von weiteren Lohnsteigerungen abzuweichen, weil jede Lohnsteigerung zu weiteren Preissteigerungen führt.

Der Export muß mit allen Mitteln gefördert werden. Was zur Erleichterung der deutschen Wirtschaft im besetzten Gebiet geschehen kann, wird getan. Unsere ganze Wirtschaft müssen wir jetzt auf das einstellen, was an Rhein und Ruhr vorgeht. Der Kampf ist außerordentlich schwer. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Wiedenbeck (D. N.) schließt sich dem Rufe des Ministers an, der zur Unterbrechung des Kampfes an der Ruhr mit allen Mitteln aufzufordert. Digne Ineinandergreifen aller Instanzen ist ein allgemeiner Preisabbau unmöglich. Der Hausbrand muß für den nächsten Winter verbilligt werden.

Das Haus verlagert sich, Weiterberatung morgen.

durch eine bundesstaatliche Sonderaktion geschädigt werden könnte. Vor allem muß Preußen als der mächtigste Bundesstaat, der zwei Drittel des ganzen Reiches umfaßt, bei der Befolgung dieser Richtschnur mit gutem Beispiel vorangehen. Schon im alten Reich wurde der übermächtige Einfluß Preußens auf die Reichsregierung vielfach als eine Demmuna der Reichspolitik empfunden, aber ohne daß es je zu einem ernstlichen Konflikt gekommen wäre. Man suchte Abhilfe dadurch, daß die Minister des Reichspräsidenten und des preussischen Ministerspräsidenten in einer Person vereinigt wurden und daß man die Inhaber der wichtigsten Reichsministerien mit preussischen Staatsministern mit sich und Stimme im Kollegium ernannte, um so die umgekehrte Wirkung zu erzielen und Preußen durch das Reich zu beeinflussen, durch die „Staatsministerialisierung“ Preußens die Harmonie zwischen den beiden Regierungen zu gewährleisten. Auch die Schaffung eines eigenen Reichsministeriums an Stelle der Staatsministerien zu dem gleichen Zwecke wurde in den letzten Jahren vor dem Kriege wiederholt erörtert. Jetzt haben wir das Reichsministerium, und was erleben wir? Preußen wirtschaftlich unter sozialdemokratischer Verwaltung ganz nach eigenem Ermessen, als ob es ein Reich überhaupt nicht gäbe! Die in Preußen herrschende Sozialdemokratie gebärdet sich, als ob Reichsregierung und Reichstag unter der politischen Oberaufsicht und Vormundschaft Preußens ständen. Das sind unerträglich unzulässige Verhältnisse.

An solchen Tagen die Dinge ähnlich. Der neue Ministerpräsident Dr. Brüning hat es für angebracht gehalten, in seiner Programmrede zu erklären, daß die Politik des vorigen Jahres überdies an der Ruhr möglichst rasch klar und eindeutig durch eine aktive Politik positiver Vorschläge erkannt werden müsse. Darin kommt ein unverhältnißmäßiges Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung zum Ausdruck und ein solches Verfahren verstoßt gegen die Bestimmungen der Reichsverfassung. Kraft deren die Fiktion der Besetzung an den auswärtigen Staaten ausschließlich Sache des Reiches ist. Wenn die Regierung an der Fiktion ihre Auffassung über Fragen der auswärtigen Politik fundieren wollen, so ist dazu der auswärtige Ausschuss des Reichstages der geeignete Platz, in dem die in Rücksicht auf ihre Meinungen stehenden Abgeordneten sich äußern können; auch im Reichstag, in dem die Vertreter der bundesstaatlichen Regierungen sitzen, sind solche Erörterungen möglich, ebenso im Reichstag bei der politischen Aussprache. Dabei muß aber immer der Gesichtspunkt, daß die amtlichen Ämter der Reichspolitik nicht durch unangehörige Anträge in öffentlicher Verhandlung gefährdet werden dürfen, den Ausschlag geben, und niemals darf sich der leitende Minister eines Einzelantrages bemächtigen. Die Darlegung seines innerpolitischen Programmes mit Ausfällen gegen die auswärtige Reichspolitik zu wagen, die in einer kritischen Lage des Reiches diesen Stellung gegenüber dem Ausland zu schwächen geübt sind. An welchem Orte dienen unerwünschten Erregung die Ausstellungen Dr. Brüning's gehabt haben, beweisen die in der letzten Sitzung des Reichstages des „Jahr de Paris“ über die dem Reichsregierung vorgelegten, die in Sachen ihren Höhepunkt erreicht hatten. Eine richtige Abwägung der bundesstaatlichen Verhältnisse gegenüber dem Reich hätte den sachlichen Ministerpräsidenten veranlassen müssen, die Wirkung solcher Kritik auf das Ausland vorher abzuwägen und einzuschätzen und daraus die Notwendigkeit zu ziehen, daß Schwächen in diesem Jahre nicht zu werden. Dazu kommt noch die verhängnisvolle Situation der ganzen innerpolitischen Politik, die durch die politischen Einwirkungen in den kommunikativen Kreis, insbesondere durch die beiden schmerzhaften Anzeichen der Arbeiterkammern und des „proletarischen Selbstbewußtseins“, die Notwendigkeit eines Eingreifens der Reichsregierung jeden Augenblick hervorgerufen kann. Nach alledem ist es nur zu begreiflich, daß auf Seiten der Reichsregierung augenblicklich eine starke Vermittlung über die Art herrscht, wie einzelne Bundesstaaten ihre Pflicht der Unterordnung unter das höhere Reichsinteresse vernachlässigen.

Daß ein solches Verhalten den bundesstaatlichen Verhältnissen überhaupt schädlich und schmerzhaft auf die Wahlen der Reichstag der Einheitreiches schadet, ist nicht zu verkennen. Das bundesstaatliche Prinzip kann sich in diesen unklaren Verhältnissen, in denen es nicht mehr die ungeschriebenen Pflichten erfüllt, sondern mit der mächtigen Gewalt der Reichsregierung das Einzelinteresse an dem Reich hat, nur behaupten, wenn seine Vertreter sich fortwährend vor allen politischen Entscheidungen befinden, die in dem uns mit Kränkungen der bestehenden föderalen Zustand dem eigenen Vorhaben im letzten verbleiben. Die Unionstaaten haben heute, wo die Autorität des Reiches gegen früher vermindert erscheint, die vergrößerte Pflicht patriotischer Selbstbehauptung gegenüber dem Reichsinteressen. Je schwerer sich die auswärtige Lage des Reiches gestaltet, desto härter müssen die Einzelstaaten um seine Wahrung bemühen, um es zu stärken, nicht aber dürfen sie Einzelinteressen treiben, die der Reichsregierung die verfassungsmäßigen Grundgesetze des Reiches abbrechen tun. Nicht Parteinteressen dürfen für die Regierung der Länder in erster Linie bestimmend sein, sondern das Wohl des Reiches. Von der Befolgung dieser Richtschnur hängt es wesentlich ab, ob in Berlin eine kraftvolle, zielbewusste und einheitliche auswärtige Politik betrieben werden kann.

### Die reichsgesetzliche Regelung der Feiertage im Reichsrat.

60prozentige Erhöhung der Löhne der Erwerbslosenfürsorge.  
Berlin, 10. April. Der Reichsrat lehnte den Antrag Sachens ab, nach dem eine abnehmende Skala zur schrittweisen Anpassung der Löhne der Erwerbslosen für die Geldentwertung eingeführt werden sollte, nahm dagegen eine Verordnung an, durch die die bisherigen Löhne der Erwerbslosenfürsorge allgemein um 60 Prozent erhöht werden.

Dann beschäftigte sich der Reichsrat mit dem Gesegentwurf über die Feiertage und Gebetsfeier.

Als weltlicher Feiertag steht im Vorderrund der 11. August als Nationalfeiertag für die Verfassungsfest. Weltliche Feiertage sollen nur durch Reichsgesetz eingeführt werden dürfen, wobei eine Ausnahme für die Feiertage des 1. Mai gemacht wird. Die Bestimmungen über die Feiertage und die wirtschaftlichen Folgen derselben sind nach Ansicht der Regierung noch nicht soweit geklärt, daß die in den einzelnen Ländern hier hervorgetretenen Verhältnisse eine einheitliche Regelung von Reich wegen gestatten. Trotz dieser Ausnahme will aber die Reichsregierung grundsätzlich die Festsetzung von weltlichen Feiertagen in der Hand behalten, und insoweit wird auch der Wunsch einzelner Landesregierungen unerfüllt bleiben, den 9. November als national anerkannter Feiertag zu beschreiben. Neben dem Nationalfeiertag des 11. August ist der Gebetsfesttag für die Opfer des Krieges als ein Hauptfeiertag festgelegt. Hier hat man sich im Ausschuss dahin geeinigt, daß der sechste Sonntag vor Ostern besonders dem Gedenken der Toten des Krieges gewidmet werden soll. Eine Verlesung auf einen anderen Tag ist den Landesregierungen nur mit Zustimmung der Reichsregierung gestattet. Weltliche Feiertage sollen auch künftig durch Landesrecht bestimmt werden können mit der Ausnahme, daß das Gesetz selber zugleich eine Reihe von Tagen reichsrechtlich als weltliche Feiertage einleitet und anerkennt, vor allem den Reichstags- und neben dem Osterfesttag den Ostermontag, den Simeonfesttag, den Pfingstmontag neben dem Pfingstsonntag, den ersten und zweiten Weihnachtstag.

### Die Vorbereitung zur Gründung der Rheinischen Republik.

Paris, 10. April. „Le Nouvelle“ berichtet gerüchelt, daß die französische Regierung dazu entschlossen sei, sehr eine administrative wirtschaftliche Autonomie des Rheinlandes einzuführen, und daß dies nur die Einleitung zu der Gründung einer Rheinischen Republik sei.

## Frankreichs Antwort über das Essener Blutbad.

### Eine französische Note.

Paris, 10. April. Die französische Regierung hat den deutschen Protest vom 4. April gegen das auf Ostermontag und von französischen Truppen auf den Kruppischen Werken in Essen angelegte Blutbad mit der folgenden Note vom 18. April beantwortet:

Ihr Schreiben vom 4. April, womit Sie mir die Bemerkungen Ihrer Regierung über die Zwischenfälle mitteilen, die sich am 31. März in Essen abgespielt haben, enthält unrichtige Behauptungen, von deren Richtigkeit ich mich nach den sehr genauen Feststellungen der von mir angeordneten Untersuchung für verpflichtet halte. Zunächst muß festgestellt werden, daß die Automobillöhle der Kruppischen Werke sich nicht in der Mitte der Fabrikgebäude, sondern am Rande einer Straße befindet. Die Besetzung der Halle durch die französische Abteilung, die mit der Requisition der Automobile beauftragt war, konnte deshalb die Tätigkeit der Arbeiter in keiner Weise stören. Der Offizier, der die Abteilung befehligte, hat überdies sofort nach seinem Eintreffen, also um 7 Uhr morgens, über den Zweck seines Auftrags dem Chef der Automobillöhle Mitteilung gemacht. Es konnte deshalb kein Zweifel über den Grund seiner Anwesenheit bestehen, die von den Arbeitern überhaupt nicht bemerkt worden wäre, wenn sie ihnen nicht signalisiert worden wäre. Erst um 9 Uhr traten die Streikenden infolge von Besprechungen zwischen dem Beiratsrat und der Werkleitung in Tätigkeit, wodurch die Arbeiter genötigt wurden, die Werkstätten zu verlassen und sich um die Automobillöhle zu versammeln. Die Menge beobachtete zuerst eine verhältnismäßig ruhige Haltung. Jedoch traten Redner auf, die Ansprachen hielten und die Menge gegen den Offizier und gegen die von ihm befehligte Abteilung aufregte. Auf diese Anrede, für welche die Werkleitung verantwortlich ist, mußte die schändliche Haltung zurückzuführen werden, die von der Menge der Arbeiter in immer zunehmendem Maße angenommen wurde. Die Arbeiter schwangen Spatzenköpfe und Revolver (!) und besannen, Steine und Knüttel auf die französischen Soldaten niederzugehen zu lassen.

Der Offizier wurde sogar an der Hand getroffen. Andererseits begab sich ein Teil der Aufwiegler hinter das Gebäude, um die französische Abteilung rückwärts zu lassen, während Soldaten an die äußere Mauer herangeschoben und Dampfströme in die Halle hineingeleitet wurden (!), um die Besetzungsbatterie zu verdrängen. Der Offizier hat trotz der sehr kritischen Lage, in der er sich befand, seinen Augenblick die Kaltblütigkeit verloren, obwohl er von allen Seiten umringt und bedroht war, aberwärtig zu werden. Der Offizier veranlaßte die vorchristlich-mäßigen Warnungen in deutscher Sprache. Als diese Warnungen ohne Wirkung blieben, ließ er zwei Schüsse in die Decke der Einfahrt geben, was nur eine sehr leichte Beschädigung zur Folge hatte. Dann erst beschloß der Offizier eine Salve, wobei er absichtlich als Akzent den oberen Rand der der Einfahrt gegenüberliegenden Mauer anwand. Dadurch wurde es möglich,

die Zahl der Opfer auf das äußerste zu beschränken. (!) Die Abteilung konnte sich alsbald in guter Ordnung zurückziehen. Ich füge hinzu, daß die Augenzeugen die Richtigkeit der Tatsachen, wie ich mich beehrt habe, sie vorliegend wiederzugeben, bezeugt haben. Diese Darstellung scheint keinen Zweifel über die Absicht der Werkleitung und einiger Parteigänger bestehen zu lassen, aus Anlaß einer völlig „normalen Requisitionsmassnahme“ einen Zwischenfall herbeizuführen, für den sie die Verantwortung tragen mußte. Genehmigen Sie usw. ges. Poincaré. (W. T. B.)

### Die deutsche Antwort.

Vorschlag einer internationalen Untersuchungskommission.  
Berlin, 10. April. Die Reichsregierung hat den französischen Gesandten in Paris beauftragt, die vorliegende französische Note wie folgt zu beantworten:

Die deutsche Regierung stellt mit Verachtung fest, daß die französische Regierung die bisher die deutschen Proteste gegen das Vorgehen ihrer Truppen im Ruhrgebiet unbeantwortet gelassen hat, sich jetzt veranlaßt sieht, zu den blutigen Ereignissen, die sich am Ostermontag in Essen abgespielt haben, amtlich Stellung zu nehmen. Die Ausführungen der Note vom 18. April können jedoch nicht als zureichend anerkannt werden. Die der deutschen Regierung inzwischen noch zugegangenen Nachrichten haben die Darstellung der deutschen Note vom 4. April in allen Punkten, auf die es zur Beurteilung des Sachverhalts ankommt, als richtig bestätigt. Das gilt insbesondere von dem Berichtprotokoll über die eintägige Vernehmung von mehreren Arbeitern und Angehörigen der Kruppischen Werke, die Augenzeugen der Vorfälle gewesen sind. Die deutsche Regierung ist bereit, beglaubigte Abschriften dieser Vernehmungsprotokolle der französischen Regierung zur Verfügung zu stellen, falls auch diese ihr Beweismaterial herausgibt. Um jedoch ohne jede Verzögerung zu einer von beiden Seiten anzuerkennenden Feststellung des Tatbestandes zu gelangen, schlägt die deutsche Regierung die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission vor, die gemäß dem Ganger Abkommen von 1907 das beiderseitige Beweismaterial zu prüfen und auch alle sonstigen, für den Zwischenfall in Betracht kommenden Tatsachen aufzuklären hätte. Obwohl die deutsche Regierung den Antrag auf Einsetzung einer solchen Kommission zunächst zweier früherer Vorfälle im Ruhrgebiet vergeblich gestellt hat, erwartet sie, daß sich die französische Regierung jetzt dem internationalen Untersuchungsverfahren nicht entziehen wird. Die französische Regierung wird nicht behaupten wollen, daß der Zwischenfall von Essen keine einwandfreie Klärung in einem kriegsgerichtlichen Verfahren finden könnte, wie es anscheinend von dem französischen Gesandten gegen die noch immer in Haft befindlichen drei Mitglieder der Direktion der Kruppischen Werke durchgeführt werden soll. Da es sich um die Frage handelt, ob die Schuld an dem Zwischenfall bei den auf deutscher Seite beteiligten Personen oder bei den französischen Besatzungstruppen liegt, würde ein aus Angehörigen dieser Truppe gebildetes Kriegsgericht zugleich Partei und Richter sein. (W. T. B.)

# Der Ruhrbericht der englischen Arbeiter-Delegation.

Deutschlands Arbeiter gegen Frankreichs Verkleidungspläne. London, 19. April. Gestern Abend wurde, wie bereits kurz gemeldet, der vom Dr. M. datierte Bericht der aus dem Parlamentariermitgliedern Adamson, Tom Shaw und Charles Buxton, sowie dem Brigadegeneral Thomson bestehenden Arbeiterdelegation über ihren Besuch im Ruhrgebiete veröffentlicht. Der Bericht stellt fest, daß sowohl im Rheinlande außerhalb der britischen Zone wie auch im Ruhrgebiete der Eisenbahnverkehr in Mitleidenschaft gezogen werde, und daß der Straßenbahnverkehr im Gegenlag zu früher langsam, unregelmäßig und ungenügend sei, daß der telegraphische und telefonische Verkehr für die Zivilbevölkerung so gut wie aufgehoben sei, und daß das Geschäftsleben im Ruhrgebiete stillstehe.

General DeGonette habe die Lage richtig als Katastrophe bezeichnet. Auch die britische Zone im Rheinlande sei umzingelt. Unter diesen Umständen sei die Lage der britischen Kaufleute unmöglich geworden.

Die allgemeine Ansicht scheint dahin zu gehen, daß die Industrie um die Hälfte zurückgegangen sei.

## Ueber die Haltung der Arbeiter

sagt der Bericht, sie sei im ganzen vernünftig und gemäßigt gewesen. Viele von ihnen hätten angegeben, daß Deutschland Reparationen zahlen müsse.

Sie widerlegten sich jedoch bis auf den letzten Mann entschlossen jeder Verkleidung Deutschlands.

Die Stimmung sei zum großen Teil nationalistisch oder was in England patriotisch genannt werde. Dies sei jedoch nicht zurückzuführen auf irgendeinen von der deutschen Regierung oder deutschen Arbeitgebern ausgehenden Einfluß. Tatsächlich bestehe Grund zur Annahme, daß die Arbeiter das mächtigste Element des Widerstandes gegen die widerrechtliche Aneignung der Kontrolle durch Frankreich im Ruhrgebiete seien im wesentlichen beilebbar und friedlich gesinnt. Die Masse des Volkes sei geduldig und bereit, zu verhandeln sowohl über die Bezahlung der weiteren Reparationssummen wie auch über die Garantie für die Sicherheit Frankreichs, um sich von den Einordnungen zu befreien. Es sei unmöglich, irgendeine Idee darüber zu gewinnen, wie lange noch die großen deutschen Industriekonzerne im Ruhrgebiete durchhalten könnten.

Die Meinungen seien mit den Arbeitern im Widerstande gegen jede Verletzung der deutschen Souveränität einig. Zur Haltung der französischen Vertreter heisst es im Bericht: DeGonettes Politik sei bisher nicht vorläufig gegen die Arbeiter gerichtet gewesen. Er scheint jedoch bereit zu sein, in einer nahen Zukunft härtere Maßnahmen zu ergreifen, da nach seinen eigenen Worten die Not, die aus der Weigerung der deutschen Eisenbahner, für die Franzosen zu arbeiten, entspringe, noch zunehme. DeGonette erhoffe und erwarte die baldige Kapitulation der Deutschen. Dafür hätten jedoch seitens der Bevölkerung keine Anzeichen bestanden.

Der Bericht bemerkt zur furchtbaren Verarmung sowohl von Geld wie auch von menschlichen Anstrengungen im Ruhrgebiete, mit dem, was die französische und die deutsche Regierung zu bewerkstelligen vermögen, könne ein großer Teil der Reparationsfrage geregelt werden. Zweifellos träumten zahlreiche Männer in Deutschland von Revanche. Ihre Zahl schwelle durch die Befreiung des Ruhrgebietes an. Die deutschen Militärs könnten nur durch das deutsche Volk im Schach gehalten werden. Soweit man sehen könne, sowohl im Ruhrgebiete wie auch im Rheinlande, bilden jene nur eine kleine Minderheit. Viele seien immer noch Herr der Lage.

## Zur britischen Stellung im Rheinlande

erklärt der Bericht, die Fortsetzung der augenblicklichen Politik der Unthätigkeit könne schließlich nicht verfehlen, die Stellung der britischen Vertreter zu untergraben. Von allem aber sicher nehme der Eindruck zu, daß Großbritannien ein zu vernachlässigter Faktor sei. Eine Politik, die sich in einer solchen Art treiben lasse, sei unvereinbar mit der britischen Würde und den britischen Interessen.

Der Bericht kommt zu dem Schluß, daß im Ruhrgebiet der Kriegszustand herrsche. Die augenblickliche Lage mache eine Katastrophe werden für den Weltmarkt, insbesondere für den britischen Handel. Frankreich gebe Millionen für die Befreiung aus und erhalte dafür fast nichts. Trotz der oberflächlichen Ruhe seien unter der Oberfläche Leidensschmerzen am Werke, die unkontrollierbar werden könnten, sowohl durch das französische Meer, als auch durch die deutsche Regierung. (1) Die augenblickliche Lage könne nicht angemessen behandelt werden durch eine nach dem Vertrag von Versailles vorgesehene Maschine. Ein anderes Werkzeuge sei erforderlich, international im Charakter, und an dessen Entwurf das deutsche Volk teilnehmen sollte. Es folgt die bereits genannte Forderung eines sofortigen Appells an die deutsche und französische Regierung, nähere Vorkehrungen bezüglich der Reparation und Sicherheiten einem internationalen Tribunal zu unterbreiten.

# 14. Stadtverordneten-Sitzung.

Dresden, den 19. April 1923.

Nach Eröffnung der Sitzung widmete der Vorsitzende Ulrich dem am 18. April verstorbenen früheren Stadtverordneten Reichsblum einen ehrenden Nachruf.

Genehmigt werden die Bestimmungen für die Richard-Matthiesdorff-Stiftung, die aus einer Schenkung der Erben des Bankiers Richard Matthiesdorff in Dresden im Betrage von 70.000 Mk. zugunsten bedürftiger und notleidender Dresdener Einwohner errichtet worden ist, ebenso die Bestimmungen für die v. Ribbenberg-Stiftung, die von dem verstorbenen Rittergutsbesitzer v. Ribbenberg auf Beschluß mit einem Stiftungskapitale von 30.000 Mk. zugunsten armer hilfsbedürftiger Dresdener errichtet worden ist.

Einmütig wird der Ratsvorlage zugestimmt, wonach es bei der letzten

## Ausrüstung der Wohlfahrtspolizei

bewenden soll. Der Helm soll nur bei festlichen Gelegenheiten weiter getragen werden; Neubeschaffungen von Helmen und Seitengewehren wird man jedoch nicht mehr vornehmen.

In Uebereinstimmung mit dem Räte werden bewilligt 4 Millionen Mark für Jugendpflege und Unterbringung armer Kinder der Volks- und Hülfschulen, 857.000 Mk. zur Entschädigung der Lehrkräfte der Volks- und Hülfschulen bei Klassenwanderungen, 10 Millionen Mark für den Erneuerungsfonds des Gumbahns, 300.000 Mk. zur sofortigen Anschaffung der roten Schultüte für 1923/24.

St. P. Paulus (Soz.) berichtet im Namen des Finanzausschusses über eine Ratsvorlage, nach der

62 Millionen Mark für die Oeffentliche Handelsschule für die Dresdener Kaufmannschaft in den Haushaltplan 1923 als verträglich mit der Leistung der Stadt eingekalkuliert werden sollen. — St. V. Schrapel (Komm.) wendet sich gegen die Bewilligung, da sie die Stadt ziemlich stark belastet. Es frage sich, ob die Dresdener Kaufmannschaft wirklich nicht in der Lage sei, die Summe selbst aufzubringen. — Die Ratsvorlage wird gegen die vier Stimmen der Kommunisten verabschiedet.

Der Rat teilt mit, daß er auf das Gesuch des Allgemeinen Hausbesitzervereins um Vereinstellung von 2 Millionen Mark aus öffentlichen Mitteln zur

## Unterstützung von Hausbesitzern

infolge zurückgebliebener Mietverträge in Not geraten sind, beschlossen habe, das Ortsmitteeamt zu erwählen, den Mietern mit halbjähriger Kündigungsfrist, die auf angemessene Mieterhöhung bisher nicht eingegangen sind, durch besondere Zuteilung die freiwillige Nachzahlung der ungedeckten Betriebskosten nahezu legen.

## Der Zustand der Polizeiwachen

am Großen Garten hat dem St. V. Matter (D. Sp.) Veranlassung zu einem Antrage gegeben, in dem verlangt wird, daß die Wachen mit mündlicher Bescheinigung, und zwar noch vor der im Mai zu eröffnenden Jahresschau, wieder instandgesetzt werden. Der Antrag sei eine Konsequenz der Ablehnung der Ratsvorlage auf Verpachtung der Polizeiwachen an den Sportverein „Dresdeneria“. Der Schaden am Eingang zum Großen Garten müsse verschwinden. Allerdings würden riesige Kosten entstehen, die auf 35 bis 62 Millionen Mark berechnet würden. St. V. Glöckner (Soz.) beantragt Verweisung an den Verwaltungsausschuß. Dem widerpricht Vizevorsitzender Kohlmann (Dn.). Durch die Befreiung im Ausschusse trete eine Verzögerung ein, so daß eine Wiederherstellung der Wachen bis zur Eröffnung der Jahresschau nicht mehr möglich sein würde. Die Verweisung wird jedoch mit Stimmenmehrheit beschlossen.

Au den Verfassungsausschuß geht ein Antrag des St. V. Glöckner (Soz.), den Rat zu ersuchen, den zurzeit drohenden Teil des Geländes an der Delmbühlstraße, das ursprünglich dem Textilforschungsinstitut zur Verfügung gestellt werden sollte, als

## Sportplatz

zu verwenden.

## Gegen die Elternratswahlen im Jahre 1923

richtet sich ein Antrag des St. V. Döllig (Soz.) u. Gen., der wie folgt lautet:

- a) vom Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts Dispens zu erteilen, die diesjährigen Elternratswahlen nicht stattfinden zu lassen;
- b) bei Ablehnung des Dispensgesuches die diesjährigen Wahlen nach der Bestimmung des Schulgesetzes auf den 10. Juni anzusetzen.

In der Begründung des Antrages erwähnt St. V. Döllig u. a., daß man die jetzige, sehr ersprießliche Arbeit der Elternräte nicht schon jetzt wieder durch die Wahlen unterbrechen solle. Weiter sprächen für den Antrag finanzielle Gründe und der Wunsch, neue Kämpfe zu vermeiden. — St. V. Wöhl (D. Sp.) erkennt die große Bedeutung der Elternräte an, aber gerade durch die häufige Wahl sei Gelegenheit gegeben, nicht bewährte Kräfte zu befestigen. Vernährte Elternratsvertreter würden natürlich wieder aufgestellt. Die Kontinuität würde somit gefördert, da die Eltern der Schulentlassenen automatisch ausbleiben. Die Stellungnahme gegen die

Religion werde bei den Wahlen zweifellos eine große Rolle spielen. — Stadtrat Dr. Matthes teilt mit, daß der Antrag Döllig die Meinung der Mehrheit des Schulausschusses wiedergibt. Die Bestimmungen sollten einfacher und intimer gestaltet werden, damit eine Beunruhigung nicht wieder eintrete. Mit der Verlegung des Termins auf den 10. Juni sei der Rat einverstanden. Nach weiterer Aussprache, in der St. V. Kühn II (Dn.) bemerkt, daß der Antrag mit einer Abstimmung der Wahlen heraus entstanden sei, wird dieser mit Stimmenmehrheit angenommen. — Schluß der öffentlichen Sitzung gegen 10 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

# Derlicheres und Sächsisches.

## Der Väter Erbe kann heute nur durch Opfer erhalten werden!

Bei der Sammelstelle der „Dresdener Nachrichten“ gingen gestern für die Ruhrhilfe folgende Beiträge ein:

Witwenverein 2500 Mk.; Karl Reihhold, Dresden, Schulstraße 10 (2. Rate), 5000 Mk.; A. N., Barndorf 1. Böhmen, 800 Mk.; M. Th., Dresden, 1000 Mk.; General v. Wastelen, 6. Jahrlang, 3000 Mk.; v. Basse 3000 Mk.; Mangelstr. Schubert (4. Rate) 1000 Mk.; v. W. 1000 Mk.

Weitere Spenden erbeten an die Hauptgeschäftsstelle der „Dresdener Nachrichten“, Marienstraße 38, Erdgeschoss.

## Dr. Zeigler als Zeuge vor dem Staatsgerichtshof.

### Die Personalpolitik in Sachsen.

Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig begann am Donnerstag ein Prozeß gegen den Hauptstaatsanwalt Adolf Lindemann (Leipzig) und den Rechtsamtsrat Dr. Cunio (Leipzig), der die gegenwärtige sächsische Politik zum Gegenstande hat. Der sächsische Regierungsvizepräsident Dr. Zeigler, waren in einem Artikel der Leipziger „Abendpost“ „Verfassungsverletzung“ und „Korruption“ zum Vorwurf gemacht worden. Von Dr. Cunio wurde die Personalpolitik Dr. Zeiglers als Justizminister scharf kritisiert und einzelne Fälle von Bevorzugung republikanischer und sozialdemokratischer Persönlichkeiten bei der Verlegung höherer und mittlerer Beamtenposten angeführt. Dr. Cunio will in diesem Falle ebenso einen umfangreichen Wahrheitsbeweis antreten wie Lindemann, bezüglich der von ihm in einem anderen Artikel behaupteten Verfassungsverletzung. Unter den geladenen Zeugen befinden sich sehr bekannte Namen. Von der Staatsanwaltschaft ist Dr. Zeigler als Zeuge geladen, der die Anschuldigung, er habe bei der Verlegung von Posten und Ämtern im Justizdienst und bei seiner Equidistanzpolitik sich von politischen Erwägungen leiten lassen, aufkräften will. So wird der sächsische Regierung auch vor dem Staatsgerichtshof Gelegenheit gegeben, festzustellen, ob sich ihr jüngstes Regierungsprogramm, das proletarische Selbstbildungsorganisationen und Arbeiterkontrollausschüsse vorsieht, mit der Reichsverfassung vereinbaren läßt.

## Beamtenforderungen.

Der Landesbeamtenausschuß der Deutschen Nationalen Volkspartei befaßte sich in seiner Sitzung am 14. April mit wichtigen Beamtenfragen und beschloß:

1. daran festzuhalten, daß den sächsischen Beamten und Lehrern das Gehalt wie den Reichsbeamten in Vierteljahrsraten zu zahlen ist, zumal die sächsische Regierung zugestanden hat, den Reichsanteil von 75 Prozent (bis 31. März 20 Prozent) immer rechtzeitig erhalten zu haben;
2. daß bei Beratung der Vorlage 14 (Altersgrenzengesetz) zu verlangen ist, daß die Beamten bis zur Vollendung des 63. Lebensjahres Dienst leisten dürfen, wenn sie nach Vollbringung des 65. Lebensjahres 40 Dienstjahre noch nicht nachweisen können, und daß
3. die dem Landtag vorliegende Gesetzesvorlage 23 (Dienstpflichtgesetz der Beamten zum Schutze der Republik) zurückzuziehen und die Fraktion des Landtages zu ersuchen ist, dem Gesetz die Genehmigung zu verweigern, da die Beamten ihre Pflichten auch ohne das Gesetz erfüllen und die Reichsverfassung durch das Gesetz sowieso verletzt wird; daß ferner
4. an einen Abbau der Gehälter und Löhne nicht zu denken ist, so lange die Beamten wirtschaftlich mit ihren Bezügen unter dem Wert des Dollars stehen. Beschlossen wurde noch, bei der nächsten Regelung der Befoldungsordnung zu verlangen, daß die Befoldungsgruppen 1 und 2 weggelassen und die übrigen Gruppen nach Zusammengehörigkeit der Beamten zusammenzulegen sind.

## Vermögenssteuer-Erklärungen.

Das Landesfinanzamt Dresden teilt mit: Die Einzelaussforderungen der Finanzämter zur Abgabe von Steuererklärungen für die Veranlagung der Vermögenssteuer und der Zwangsanleihe sind nunmehr durcheinverhandelt worden. Der am 31. Dezember 1922 ein Vermögen von

# Frühjahrsausstellung des Sächsischen Kunstvereins.

II.

Wenn man von der Zeichnergruppe und den Malern des neuen Sächsischen Kunstvereins, den Rudolf Schaeffler, Ludwig Schaeffler, Hans Schaeffler, so ist das was ein Gang aus einer nächtlichen, ärmlichen, sauberen Stube in ein mit allem Prunk der Weltzeit angelegentliches Maleratelier. Dieser Künstler hat sich denn auch in seinem Atelier selbst gemalt, und man sieht, daß er sich gern mit schönen Dingen umgibt. In Schaefflers Atelier herrscht eine gewisse Ordnung, wo Malen eine sinnliche Freude, eine gesellschaftliche Sittenlehre, eine kypische Kunst des Lebens und Genießens war. Nicht zufällig taucht bei seinen Bildnissen hier die Erinnerung an B. N. Kaulbach, da an Venusauf und nimmt das Porträtieren in seinem Schaffen einen so breiten Raum ein. Eine Dame im grünen Kleid, eine im schwarzen, ein Offizier, alle in voller Figur, Bildnisse in Öl und Pastell, auf Reibtafel und farbige Repräsentation zugleich gestellt, schmiege und gefällige Auftragsarbeiten offenbar, bilden eine wichtige Gruppe seines Schaffens. Dann aber gibt es eine Fülle der verschiedensten Stoffe und Stoffe. Eine mittelalterliche Schlacht im Miniaturmalereistil, Landschaften als Impressionen von farbigen Stimmungen, das „rote Motorboot“ in kräftiger Zeichnung, ein Wiederkommenstrahl in rührender Genauigkeit, chinesische Sittenleben in dekorativer Selbstsamkeit, der Markt von Ueckstädt in sonnigem Freilicht, eine Grablegung in moderner Farbhilflichkeit, nackte Knaben auf Pferden, mythologische Supraporten im Wandstil, eine große Szene „Der Tod des Cornet“ im Münchner Historien-Stil, — Antike, Mofoto, Kleinat, — Freil., Liebermann, Feldbauer, Corinth — Kopien nach Fra Angelico, Franz Hals, Raphael, van Dyck — es scheint nichts zu geben, was der Maler nicht und dem Stoffhunger dieses Künstlers unerschöpfbar wäre. In jeder Technik und Manier ist er zu Hause, er kann alles, was er angreift, er hat Geschmeid und Sinnlichkeit und die große Weite des Grandseigners der Malerei. Nur der ruhende Punkt in der Erscheinung „Nacht“ fehlt, das Bewußtsein zum Eigenen und Wesentlichen, die reine Fassung einer selbstbewußten Persönlichkeit. Das aber ist eben Schicksal und Auszeichnung des Virtuosen.

Die Höhe unserer Malerkunst als Wirkung der impressionistischen Technik ist überhaupt nicht zu leugnen. Geschmeid und Können sind hochentwickelt, Persönlichkeiten sind nach wie vor selten. Zeugnis dessen ist gerade auch die Ausstellung des Ortsverbandes Dresdener Künstlerinnen,

dem so ausgeprägte Meisterinnen wie Elisabeth Andrae, Johanne v. Weichow und andere namentlich angehören. Dennoch treten Ella Scharowsky und Charlotte Haffelmann in sehr bemerkbarer Selbstständigkeit aus diesem geschlossenen Gruppenbilde heraus, die eine mit ihrem breiten, klugen Vortrage, die andere mit ihrer schillernden, fließenden Farbgebung. Außerhalb des Verbandes steht Irene Müller-Rabinowitsky, die als Frau sehr männlich empfunden, jedoch ein paar feingewebte Harmonien in modernem Geschmack buldigt. In der Nähe steht noch ein Schritt weiter in die Herrlichkeit kantiger Holztafel moderner Prägung, malt kleinere Visionen und Traumbilder und liebt düstere Farbklänge.

Damit sind wir im Reiche der modernen Phantasiekunst angelangt. Das Körperliche löst sich auf in der Welt der Phantasie, im Rhythmus wogender, schwingender Traumgestaltungen. Nach Festhaltung solcher Bilder krebt O. A. Josef Gregor (Chemnitz) mit einer Symbolik, die ebenso durch die Farbe, wie durch die rhythmische Komposition wirken will. „Die Geburt des Auerwälders“, „Die neue Lehre“, „Empfangnis“, „Die Gelegene“ sind die religiös-mystischen, an biblischen anknüpfenden, aber freibehandelten Themen. Von überblühendem Licht durchdrängte Farben, in Kurven und Arcistellen schwingende figurliche Gestalten sind die unwirklichen Mittel für den Ausdruck einer das Ueberkündliche umfingenden Phantasie. Man fühlt wohl eine eigenartige, transparente, rhythmisch wohlklingende Visionskraft in diesen großen Bildern, aber man spürt kaum eine innere Erregung, eine leuchtende Verzücktheit, aus der sie geboren werden in Funktion. Vielleicht ist auf dem Wege von Dir zu Hand die Blut ertastet; die Bilder kleineren Formates haben jedenfalls mehr Innerlichkeit und Phantasiewärme bewahrt.

Etwas Neuliches empfindet man vor den Werken des Jakob Böhm-Bundes aus Götting. Diese Gruppe will unterm Schirm des alten Meisters Seelenoffenbarungen malen und die „Morgengröße“ einer neuen Kunst, die alle Künste einigt, finden. Nur freilich ist das nicht mehr gangbar, und es ist auch letzten Endes durch die Malerei nicht ausführbar. Auch die reinste Farbe bleibt sinnlich und bedarf erst einer Deutung ihrer unstillen Werte. Und so sehr wir auch — die Romantiker pflegen es schon eifrig — die Unverwundbarkeit der Kunst in jüngeren Jahren, malenden Tönen, dufenden Gedanken spüren mögen, das Werk irgendeiner Kunst bleibt doch immer nur eindeutige Malerei, Kunst der Fiktion; wir verbinden sie nur metaphorisch. Demann-Hegenberg malt eine „Symphonie“ in vier Sätzen, und gewiß: das Tempo, der Rhythmus, die Harmonie und Disharmonie der Farbungen und -Bogen wirken am

und „musikalisch“, aber doch nur, wenn wir zu verabschiedungsmäßigem Fühlen bereit sind. Malt er aber den „Blind im Dorf“, den „Blind im Herbst“ in Strömungen, Windungen und Durchleuchtungen schöner Farbänder, so wird uns mit den eigentlichen Mitteln seiner Kunst das Stoffliche verflort und wenigstens für willige Einfühlung nicht verliert. So liegt es auch bei B. N. K., dessen Bilder das „Geistliche in der Kunst“, Begriffliches im Bilde geben wollen und farbige, Kristalle, Kuben, Teilungen zu rhythmischen oder geometrischen Gebilden aufeinanderbauen, deren mystische Tiefe nicht erschütternd ist als der schlichtbürglerische Name, der sich hinter dem indischen Decknamen verbirgt. Das große Altarbild von Ewald Petter sucht durch Transzendenz der Farben zu wirken und erreicht in der Tat ein paar Effekte, die entrückt und entzückt sind. Aber die Farbe ist doch nicht an sich metaphysisch wie die Grünwalds, und der Einfall mit der Durchleuchtung der Brun Christi mit Gottes Anblick wirkt selbst am ununterschiedlich wie ein normaler Materialisationsphänomen. Die Vollschmitte von Theo Wling, die zerfallenen Schwarzweißbilder und die kleinen Steinengruppe des Heiligen, Propheten, Asketen von Willi Schmidt, schließlich die Malereien von Walter Mahre mit ihrer im Grunde gefunden, romantischen Farbe enthalten mehr innerliche Werte als die zu bemut und prgrammatisch auf Verleitung ausgehenden Arbeiten der anderen. Der Dresdener Hofmann-Konow, der sich dem Bunde angegliedert zeigt, kommt mit malerischer Anschaulichkeit und Figürlichkeit dem Geheimnis hinter den Erdrückungen näher als diejenigen, die Künstler sein wollen mit Mitteln des Malers. Dr. Feiler Zimmermann.

## Kunst und Wissenschaft.

† Dresdener Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Salome“ (18); Schauspielhaus: „Rauhe“ (18); Reichstädt. Schauspielhaus: „Helm“ (18); Reichstädt. Theater: „Don Cesar“ (18).

† Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus: Sonnabend, den 21. April (18), wird halt Joseph in Ägypten, wie ursprünglich im Spielplan bekanntgegeben wurde, Mozart, Entführung aus dem Serail gegeben. Besetzung der Hauptrollen: Wajsa Selim: Pittlik, Konstanze: Viesel von Schuch, Blondchen: Grete Pittlik, Helmut: Pirzel, Pedrillo: Lange (zum ersten Mal), Osmir: Bettmar. Musikalische Leitung: Hermann Kutschbach. Spielleitung: Georg Hartmann. Sämtliche Plätze müssen vor Beginn der Vorstellung eingenommen werden. Richard Wagners „Tannhäuser“ am Sonntag (22.) beginnt bereits um 6 Uhr.



Table with lottery numbers and prizes. Columns include prize amounts and corresponding winning numbers.

Gewinne zu 20 000 Mark vom fünften Ziehungstage.

Large table listing lottery prizes and winning numbers for the 5th drawing stage.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Public notices regarding the Saxon Chamber of Commerce and various business matters.

Vorschläge für den Mittagstisch.

Proposals for the midday meal menu, including items like 'Hahnenherzsuppe' and 'Gehackte Leber'.

Wetterlage in Europa am 19. April 1923, 8 Uhr früh.

Table showing weather conditions across Europe on April 19, 1923, at 8 AM.

Wettermeldungen aus Ostpreußen vom 19. April, 7 Uhr früh.

Table with weather reports from East Prussia on April 19, 1923, at 7 AM.

Wetter-Vorschau für Freitag den 20. April.

Weather forecast for Friday, April 20, 1923, mentioning temperature and precipitation.

Wasserstand der Elbe und ihrer Ästuare.

Table showing water levels of the Elbe river and its estuaries.

30. Sitzung.

Dresden, den 19. April 1923.

Die heutige Sitzung beginnt mit der ersten Beratung des sozialdemokratischen Antrages, die Regierung zu ersuchen, alsbald erneut auf die Reichsregierung einzuwirken, damit unverzüglich eine

reichsgerichtliche Regelung des Bauarbeiterlohnes erfolge. Die Begründung des Antrages gibt der Abg. Göttsch (Soz.). Der Landtag habe bereits früher anerkannt, daß der Bauarbeiterlohn ungenügend sei und die jetzigen Verhältnisse viele Menschenopfer erforderten.

Abg. Neack (D. Sp.) stimmt der reichsgerichtlichen Regelung zu, äußert aber hinsichtlich der übrigen Vorschläge verschiedene Bedenken. Kontrollreue aus Bauarbeiterkreisen zur Aufrechterhaltung aller Wohnungen brauche man nicht.

Abg. Wüthrich (Dem.) erklärt namens seiner Fraktion, daß alles getan werden müsse, den Bauarbeiterlohn zu gewährleisten. Ein Reichsgericht sei bereits in Vorbereitung und werde hoffentlich bald verabschiedet.

Abg. Wüthrich (Dem.) führt aus, daß seine Freunde mit der reichsgerichtlichen Regelung einverstanden seien. Bei jetziger höchster Finanzlage frage es sich, ob man mit der Anstellung von Kontrollreuen so weit gehen solle.

Abg. Siemert (Komm.) schlägt sich dem Antrage vollinhaltlich an und stellt noch Ergänzungen in Aussicht. Die Beschäftigung der Wohnungen ist eine sehr wichtige Aufgabe.

Verzorgung sozialer Baubetriebe

gegenüber dem freien Baugewerbe, namentlich durch Behörden und öffentliche Körperlichkeiten, erfolge, sei es durch Gewährung von Betriebskapital, sei es bei Vergebung von Bauarbeiten. Die sozialen Baubetriebe wollten aus parteipolitischen Anschauungen heraus die Privatwirtschaft ausschalten.

drohende Einschränkung der Baufähigkeit

namentlich was die Verstellung bereits genehmigter öffentlicher Bauanlagen anlangt, vermieden werden könne.

Laage des Malergewerbes

gebessert werde. Gelehrten und Meister litten schwer unter Arbeitslosigkeit und Mangel an Aufträgen. In den öffentlichen Gebäuden und Anlagen seien in den letzten Jahren manche Arbeiten unterblieben.

Abg. Deubardt (Soz.) legt dar, daß die Gemeinwirtschaft

getragen werde von dem Idealismus der Gesamtheit. Sie wolle nicht Gewinne erzielen, die die einzelnen bereichern. Die sozialen Baubetriebe wollten Arbeit für die Erwerbslosen schaffen und Wohnungen für die Wohnungslosen.

Abg. Kuntze (D. Sp.) bezeichnet die Verzorgung der

sozialen Baubetriebe als eine Verschwendung. Aus politischen Gründen würden Umwandlungen in der Volkswirtschaft vorgenommen, die zum Ruin führen müßten.

Abg. Dagen (Soz.) vertritt die sozialen Baubetriebe, die

die Bauten wesentlich unter den Bedingungen der Unternehmer ausführen. (Widerpruch rechts.) Der Redner gibt hierzu mehrere Beispiele.

Wiel wichtiger sei die Frage, wie die Kaufkraft der deutschen Mark gehoben werden könne.

Ausbau der Wasserläufe.

Abg. Neack (D. Sp.) begründet den Antrag, die Regierung zu ersuchen, durch die Staatsbaubeamten die Frage zu prüfen, inwieweit noch die im Lande vorhandenen Wasserläufe reguliert und ausgebaut werden können.

Erzeugung elektrischer Energie.

Inwiefern sei darauf zu achten, allerorts vorhandene Wasserkräfte zum größten Nutzeffekt zu bringen durch Verbesserung und Ausbau vorhandener Anlagen.

Wohnungsfragen.

Die kommunistische Fraktion hatte unterm 5. Januar zwei Anträge gestellt, die sich gegen die Landesverordnung über Wohnungsmangel richteten.

Die Abg. Gündel (D. N.) und Müllig (D. Sp.) betonen ausdrücklich, es sei nicht der Schanzen eines Beweises erbracht worden, daß die Beamten des Wohnungsamtes ihre Stellung gemißbraucht hätten.

Gegen die Stimmen der Kommunisten wird beschlossen, den ersten Antrag abzulehnen, ebenso den zweiten, soweit er sich auf die Beamten des Wohnungsamtes bezieht.

Erhöhung der Gewerbesteuer

ein. Die Vorlage, nach der die Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1923 in Höhe von 300 Prozent erhoben werden soll, war feinerzeit von den Bürgerlichen und den Kommunisten abgelehnt worden.

Abg. Reiche (Soz.) beantragt die Wiederherstellung der

Regierungsvorlage, also die Annahme der Gewerbesteuer. Abg. Glawann (D. Sp.): Die grundsätzlichen Bedenken gegen die Gewerbesteuer hätten sich nicht vermindert.

Erklärung der kommunistischen Fraktion

ab. Die Stellung der kommunistischen Partei zu der Bewilligung von Steuern richte sich nach der Stellung der Partei zu der jeweiligen Regierung.

Schüler als Vorgesetzte.

Der Verbandsausschuß der Schulklassen des Seminars zu Pirna hatte an den Landtag eine Eingabe gerichtet, in der er ersucht, daß bei gewissen Vorgesetzten die Vertreter der Schulklassen schlichter Schulanstalten gutachtlich gehört werden sollen.

Die freie Schulauswahl für Töchter.

Im Prüfungsausschuß des Landtages wurde am Mittwoch u. a. auch eine Eingabe des Landesausschusses der deutschen Ober- und Mittelschulen Sachsen wegen der freien Schulauswahl für Töchter beraten.

Der Abgeordnete als Beleidigter.

Gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Elrod ist ein Strafverfahren im Gange, weil Elrod sich als verantwortl. Zeichner des Leipziger kommunistischen Blattes einer schweren Pressebeleidigung schuldig gemacht hat.

108 Dresdener Nachrichten, 20. April 1923 Seite 5

**Vermischtes.**

**Schwimmende Städte im Atlantischen Ozean.**

Ein Ingenieur in Philadelphia namens Edward Armstrong ist kürzlich mit der Ausarbeitung eines großzügigen Plans beschäftigt, der die Ueberquerung des Atlantischen Ozeans auf dem Luftweg in 20 Stunden oder sogar in noch kürzerer Zeit ins Auge faßt. Zwischen Atlantic City und Plymouth, erklärt der amerikanische Ingenieur zur Erläuterung seines Planes, sollen in Entfernungen von je 600 Kilometer Abstände große Hydro-Aerodrome auf dem Meere errichtet werden. Diese schwimmenden Stationen sollen zu formidablen Städten ausgebaut werden, die es den Flugzeugen gestatten, die Reise in verhältnismäßig kurzen Stappen zurücklegen zu können. Jede dieser schwimmenden Stationen, die auf dem Meeresboden fest verankert werden, soll eine Länge von 870 Meter und eine Breite von 125 Meter erhalten. Hier würden die 120 mit zwei Motoren ausgerüsteten Flugzeuge, die den Uebersee-Flug vermitteln, niedergehen können, um ihre Benzinvorräte zu ergänzen, und die 20 Passagiere, die jedes Flugzeug an Bord nimmt, würden hier für den Fall, daß das Flugzeug vom Unwetter überfällt und zur Notlandung gezwungen wird, in bequem eingerichteten Unterkünften eine sichere und behagliche Zuflucht finden. Die Hydro-Aerodrome werden gleichzeitig als Werkstätten eingerichtet, die alles notwendige Material zur Ausbesserung von Reparaturen enthalten. Sie werden außerdem radiotelegraphische und radiotelephonische Stationen bilden, die den meteorologischen Diensten vermitteln und insgesamt 125 Anzeichen beherrschen. Die schwimmenden Städte sollen auf amerikanischen Werften gebaut und fertig montiert werden, um dann von großen Dampfern im Schlepptau auf See befördert zu werden. Armstrong ist überzeugt, daß Sturm und Wetter den schwimmenden Städten nichts anhaben können, da sie durch besondere Vorrichtungen fast unbeweglich erhalten werden sollen.

**Ein wanderndes Trolloit als Untergrundbahn.**

Das "Trolloit roulant", die wandernde Plattform, ist als Verkehrsmittel bisher hauptsächlich auf Weltausstellungen benutzt worden und galt mehr als eine Kuriosität. Eine praktische Verwertung soll diese Einrichtung, die als endloses Band gehalten ist, namentlich in Neuport erhalten. Wie in der "Union" mitgeteilt wird, will das Neuporter Verkehrsamt einen Teil der Untergrundbahn durch den Betrieb eines "Trolloit roulant" ersetzen. Zur Zeit des Geschäftsbeginns und Geschäftschlusses herrscht nämlich in der Neuporter City auf der Untergrundbahn ein fürchterliches Gedränge, das die glatte Abwicklung des Verkehrs verhindert. Es wird nun unter der 42. Straße zwischen der 3. und 8. Avenue eine wan-

dernde Plattform eingerichtet, die als endloses Band an den Endstationen in Schleifen wieder zurückbiegt. Dieses Trolloit ist so gehalten, daß drei Plattformen mit steigender Geschwindigkeit nebeneinander verlaufen. Zunächst dem letzten Bahnhofs bewegt sich eine Plattform, die 4,8 Kilometer in der Stunde läuft; dann folgt eine mit 9,6 Kilometer Geschwindigkeit, und die äußerste hat 14,4 Kilometer Geschwindigkeit; diese letztere ist mit Bänken ausgestattet. Höhenunterschiede oder Zwischenräume zwischen den einzelnen Plattformen sind, abgesehen davon, daß jede äußere über die benachbarte innere um eine Bohlenbreite überreift. Die Vorteile für eine reibungslose Abwicklung des Verkehrs sind bedeutend. Die Waggons brauchen nicht, wie bei der Untergrundbahn, auf einen Wagen zu warten, sondern können zu jeder Zeit ein- und aussteigen und ohne jede Schwierigkeit vom Bahnsteig her die schnellste Plattform erreichen und verlassen. Dadurch wird jedes Gedränge vermieden; auch ist die Fassungsvermögen der Plattformen beträchtlich größer als die der Waggons, und es kann an jeder Straßenkreuzung eine Station errichtet werden, da das für den Verkehr so lästige Warten und Anfahren wegfällt. Schließlich stellt sich der Betrieb der wandernden Plattform billiger als der mit Waggons.

**Mit einer Künstlerin.** Kürzlich besand sich die bekannte Berliner Rezitatorin Melli Vauver auf dem Heimweg nach ihrer Wohnung. In einer nicht sehr belebten Gasse bemerkte sie plötzlich, daß ein paar verdächtige anscheinende Gestalten ihr folgten und sie mit Mißverständnissen einzubringen bestrebt waren. Die Künstlerin, die vergnügt ein Liedchen trällerte, wie sie selbst in der Verhandlung angab, ahnte Unheil und zog einen kleinen Revolver, den sie stets griffbereit bei sich trägt. Die beiden Kerle sprangen plötzlich der Dame in den Weg und verfolgten ihr, ohne die laute belästigende Einleitung "Wald oder Felder" einzulassen über den Kopf. Frau Vauver, die über eine sehr glückliche Konstitution verfügt, hielt den beiden Räubern die Pistole unter die Nase und der Aufforderung "Hände hoch, oder ich schieße!" Das edle Paar war auf eine so kräftige Gegenwehr nicht gefaßt und gab Resignation, verfolgte von der mutigen Künstlerin, der es nicht bloß darauf ankam, ihre nächtliche Bekanntheit loszuwerden, sondern die Kurden dingfest zu machen. In der Tat glückte es ihr, den einen der Räuber zu stellen und mit Hilfe von Passanten festzunehmen. Der Räuber wurde als der "Arbeiter" Kurt Mener festgesetzt, der sich wegen räuberischen Ueberfalls vor dem Schwurgericht des Landgerichts III zu verantworten hatte. Der Angeklagte behauptete natürlich, das Opfer der Verführungslüste seines Komplizen gewesen zu sein, dessen Namen zu nennen er sich weigerte. Das Gericht ertheilte den gefährlichen Kurden zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren unter Anrechnung von drei Monaten Untersuchungshaft.

**Explosionsunglück.** In der Reparaturwerkstätte der Firma Reeb & Schulte in der Grindelallee in Hamburg ereignete sich am Mittwoch mittags ein Explosionsunglück. Aus unbekannter Ursache explodierte eine Prellstiftmaschine. Sieben Personen wurden verletzt, davon vier schwer. Ein Bechtler ist seinen Verletzungen erlegen.

**Ein blutiges Liebesdrama** hat sich in der deutschbaltischen Grenzstadt Zwickau abgepielt. In einem dortigen Gasthause wurden morgens der 30jährige Fabrikarbeiter Anton Frißche aus Neustadt an der Tafelsicht und das 21 Jahre alte Dienstmädchen Marie Huber aus Zwickau, die schon längere Zeit ein Liebesverhältnis unterhielten, tot aufgefunden. Die Leiche des Mädchens wies eine Schußwunde an der linken Brust und eine an der linken Schläfe auf, die des Mannes zeigte eine Schußwunde an der rechten Schläfe. Frißche hatte einen, wie ersichtlich, in Aufregung geschriebenen Zettel hinterlassen, worin er sagt, daß die Tat wegen unbilligen Verhaltens begangen wurde und daß er gemeinsam mit dem Mädchen in einem Grabe beerdigt zu werden wünsche. Offenbar hat das Paar in gegenseitigem Einverständnis die Tat verübt. Ein von dem Mädchen ausgestoßener Schrei läßt vermuten, daß es im entscheidenden Augenblick wankend geworden und flüchten wollte; denn man fand ihre Leiche hart an der Tür auf dem Fußboden.

**Schwere Explosion in einer Budapester Knopffabrik.** In einer Knopffabrik in Budapest ereignete sich am Donnerstag eine schwere Explosion. Bis her wurden 11 Personen getötet; 8 Arbeiter erlitten lebensgefährliche Brandwunden.

**Ein deutscher Milliardenbetrieber in Buenos Aires** ermittelt. Aus Hamburg wird gemeldet: Der wegen Verurteilung in Höhe von mehreren Milliarden gefugte Philipp Weichenthal ist in Buenos Aires ermittelt worden. Die zu seiner Ueberführung erforderlichen Schritte sind veranlaßt.

**Ein kleiner Knechtensfilm.** Man schreibt uns: "Schöne Frauen haben bekanntlich die Eigenschaft, daß sie selten klug sind. Schöne Filmstars weiblichen Geschlechts sind es sogar nie. Ich treffe kürzlich eine der schönsten Filmdiven von Berlin. Sie (sie) sagt: "Gut, daß ich Dich wieder mal sehe, Tag", welchen Film soll man sich denn ansehen?" - Ich: "Na, zum Beispiel 'Bohème' mit der wunderschönen Italienerin Maria Jakobini. Die ist sogar hundertmal schöner als Du!" - Sie (gedehnt): "So - ich habe übrigens gehört, sie soll sich so jung photographieren..." - Ich: "Aberdings - wie höchstens sechs!" - Sie (sanft blak vor Neid): "Am - so - ja, aber - war denn diese Bohème überhaupt so jung?" - Wie schön wären Filmstars, wenn sie niemals sprächen."

Modehaus Renner / Dresden / Altmarkt

**RENNER**

**Strumpfwäsche**

Unsere großzügige Verkaufs-Veranstaltung findet in den erweiterten Räumen des Erdgeschosses statt

|   |  |   |
|---|--|---|
| <b>Damen-Strümpfe</b> , Baumwolle, federlosbig, besonders preiswert . . . . . Paar M <b>1350.-</b>                          | <b>Damen-Strümpfe</b> , schwarz, mit Seidenstrif, feines Gewebe, mit Doppelohle und Hochferse, Paar M <b>5850.-</b>            | <b>Kinder-Strümpfe</b> , schwarz Baumwolle, mittelhart, 1x1 gestrichelt, nahtlos, Größe 1 . . . . . Paar M <b>1225.-</b>        |
| <b>Damen-Strümpfe</b> , Baumwolle, nahtlos, verfeinerte Ferse und Spitze, schwarz, farblich und weich, Paar M <b>1950.-</b> | <b>Damen-Strümpfe</b> , schwarz-rot, Seidenstrif, mit Ketten-Zwickel, Doppelohle und Hochferse, Paar M <b>6800.-</b>           | <b>Kinder-Strümpfe</b> , Baumwolle, fein gestrichelt, in schwarz, leder, beige und grau, Größe 1 . . . . . Paar M <b>3200.-</b> |
| <b>Damen-Strümpfe</b> , feine Baumwolle, mit Doppelohle und Hochferse, schwarz . . . . . Paar M <b>2900.-</b>               | <b>Damen-Strümpfe</b> , Seidenstrif, borte Qual., mit Doppelohle u. Hochferse, schwarz, leder, grau, Paar M <b>7600.-</b>      | <b>Kinder-Söckchen</b> mit buntem Wollend, in allen Größen vorrätig, Größe 2 . . . . . Paar M <b>1850.-</b>                     |
| <b>Damen-Strümpfe</b> , 1x1 gestrichelt, nahtlos, mittelstarke Qualität, schwarz . . . . . Paar M <b>4200.-</b>             | <b>Damen-Strümpfe</b> , Kunstseide, in schwarz und farbig, mit Doppelohle u. Hochf., Paar M <b>7950.-</b>                      | <b>Füßlinge</b> für Damen, schwarz Baumwolle, nahtlos, besonders preiswert . . . . . Paar M <b>675.-</b>                        |
| <b>Damen-Strümpfe</b> , feine Baumwolle mit Seidenstrif, Doppelohle und Hochferse, schwarz . . . . . Paar M <b>4700.-</b>   | <b>Damen-Strümpfe</b> , prima Seidenstrif, mit Doppelohle u. Hochferse, leder, mode, cobertcoat, Paar M <b>8500.-</b>          | <b>Herren-Socken</b> , hart gestrichelt, strapazierfähig, sehr preiswert . . . . . Paar M <b>890.-</b>                          |
| <b>Damen-Strümpfe</b> , prima Baumwolle, mit Doppelohle u. Hochferse, schwarz, leder u. grau, Paar M <b>4950.-</b>          | <b>Damen-Strümpfe</b> , besond. kräft. Flor-Quall., äußerst haltbar, mit verfeinerter Sohle . . . . . Paar M <b>10650.-</b>    | <b>Herren-Socken</b> , Baumwolle, in bunten Farben, isoliert, besonders preiswert . . . . . Paar M <b>1590.-</b>                |
| <b>Damen-Strümpfe</b> , prima Wafel, mit Doppelohle und Hochferse, schwarz und grau, Paar M <b>5350.-</b>                   | <b>Damen-Strümpfe</b> , bester Seidenstrif, ganz flar. Gewebe, Doppelohle u. Hochferse, Paar M <b>11000.-</b>                  | <b>Herren-Socken</b> , Bique, schöne weiche Qualität, grau und naturfarbig, sehr preiswert . . . . . Paar M <b>2100.-</b>       |
| <b>Damen-Strümpfe</b> , feine Baumwolle, mit Doppelohle und Hochferse, farblich und weich . . . . . Paar M <b>3350.-</b>    | <b>Damen-Strümpfe</b> , reine Seide, mit Florstrand und Florohle, in einem Modestilben . . . . . Paar M <b>12500.-</b>         | <b>Herren-Socken</b> , Baumwolle, mit verfeinerter Ferse und Spitze, in schwarz und bunt, Paar M <b>2000.-</b> , <b>2250.-</b>  |
| <b>Herren-Socken</b> , feine Baumwolle, mit Doppelohle und Hochferse, in schwarz und bunt . . . . . Paar M <b>3350.-</b>    | <b>Herren-Socken</b> , vorzügl. Wafel, mit Doppelohle, in schwarz und leder . . . . . Paar M <b>3750.-</b>                     | <b>Herren-Socken</b> , pa. Seidenstrif, Fein f. Seide, mit Doppelohle u. Hochferse, schwarz u. farb., Paar M <b>5900.-</b>      |
| <b>Herren-Socken</b> , feine Baumwolle, mit Doppelohle, in schwarz und bunt, mit farb. Streifen, Paar M <b>3450.-</b>       | <b>Herren-Socken</b> , feine Baumwolle, verfe. Ferse u. Spitze, in schwarz, beige u. grau, mod. Streifen, Paar M <b>4950.-</b> | <b>Herren-Socken</b> , prima Seidenstrif, in schwarz und reinfarbig, gestrichelt ober bestrich. . . . . Paar M <b>7400.-</b>    |

Ullstein-Schnittmuster / Unfre Versand-Abteilung erledigt für auswärtig Wohnende umgehend alle Bestellungen / Ullstein-Schnittmuster

**RENNER**  
MODE HAUS  
DRESDEN ALTMARKT

**"Unter dem Eindruck der Steuererklärungen"**  
am 30. April 1923  
Einkommensteuer Vermögenssteuer Zwangsanleihe  
zur Abgabe der Steuererklärungen  
von Rechtsanwalt Dr. Harald Förster, Syndikus des Verbandes deutscher Privatbankiers, und Dr. Kurt Merkel.  
Zu beziehen durch  
Verlag von Hackarth's Buchhandlung, Dresden-A. 10, Pillnitzer Straße 46.

Zur Fabrikation  
bestillt  
**Brillanten Gold- u. Silber-**  
Gegenstände  
Eugen Waibel, Juwelier und Goldschmiedemstr.  
Johann-Georgen-Allee 7 - Fernruf 11562  
- kein Laden. -

**Albert Glühmann**  
mech. Faß- u. Bottichfabrik  
Frettal-Birkigt  
Fernsprecher 348  
Bottiche, Fässer für Weinhandlungen, Brenneren, Eisigfabriken, Bielchereien, Gerbersien, Gel-, chem. u. Papierfabriken

**Metal-Korte**  
20 Wettinerstraße 20  
kauft  
Gold-Silber-Platin  
Dubiose Gebisse  
Zinn Zink Blei Kupfer Messing  
Bruch

Wohnungs-Einrichtung  
eleg. Schlafzimmern  
Speisezimmer  
Serrenzimmer  
3 Pianinos  
Stolzenberg,  
Johann-Georgen-Allee 14

**Briefmarken**  
zu Liebhaberpreis  
zu kaufen, Gef. Ang. u. D. B. 465 a. b. Gp. b. 21.

- Schreibmaschinen -  
Anton Rückwald.  
Albertstr. 33, 14760

**Perserteppiche**  
für Neuverlebung aus Persien in bester Qualität, Händler vorzuziehen. Schriftliche Angebote mit Preis und Größe erbeten nach Dresden-Diakonie, Smier Wäse 35 Rudolf.









